

---

## **Dringlicher Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

auf Annahme einer EntschlieÙung

### **Zurück zur Goldenen Regel – Zukunftsbremse lösen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus begrüÙt und unterstützt die Bemühungen des Senats sich gegenüber Bund und Ländern für eine Reform der Schuldenbremse einzusetzen, die dem Grundsatz schuldenfinanzierter Investitionen folgt.

#### ***Begründung***

---

Das neueste Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 (2 BvF 1/22) hat erneut deutlich gemacht, dass die im Grundgesetz festgelegten Regeln zur Staatsverschuldung handwerklicher Nachbesserung bedürfen, da diese den Staat in seiner Handlungsfähigkeit einschränken.

Das Bundesverfassungsgericht erklärt in seinem jüngsten Urteil u.a., dass ihm auch die Prüfung obliege, ob Beurteilung und Einschätzung des Gesetzgebers auch vor dem Hintergrund der Auffassungen in Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft nachvollziehbar und vertretbar seien (ebd., Rn 137).

In der Finanzwissenschaft besteht gemeinhin Einigkeit über die Gültigkeit der Goldenen Regel, wonach die Finanzierung öffentlicher Investitionen über Kredite sinnvoll ist. Bis auf die Klägerin, die CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, sind sich auch die demokratischen Parteien einig darin, dass die Schuldenbremse in der aktuellen Form auf den Prüfstand gehört und es einer Grundgesetzänderung bedarf, um diesen Konsens auch staatsschuldenrechtlich abzubilden. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, hat sich jüngst ebenso für

eine Änderung stark gemacht und erklärt, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts deutlich gemacht habe, wie investitionshemmend die derzeitige Schuldenbremse sei. Man müsse aufpassen, dass diese nicht zu einer Zukunftsbremse werde.

Da die Änderung des Grundgesetzes einer Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag bedarf, ist eine zukunftsfähige Ausgestaltung des Staatsschuldenrechts nur unter Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien möglich. Vor diesem Hintergrund ist das Land Berlin aufgefordert, sich gegenüber Bund und Ländern für einen Reformprozess einzusetzen.

Berlin, den 28.11.2023

Jarasch      Graf      Schulze  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Helm      Schatz      Zillich  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke